Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 11

Artikel: Der westdeutsche Wehrbeitrag
Autor: Baumann, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336620

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FRITZ BAUMANN

Der westdeutsche Wehrbeitrag

Ob und allenfalls in welcher Art und Weise die westdeutsche Bundesrepublik zur Aufrüstung der Westmächte beitragen will, muß sie letztlich selbst entscheiden, wie wir in der Schweiz über unser Rüstungsprogramm nach eigener Überzeugung entschieden haben.

Wenn aber westdeutsche Kreise — von der Regierungs- oder von der Oppositionsseite her — ihre Auffassungen im Auslande verbreiten, so soll dieses nicht schweigen, sondern den Deutschen sagen, wie es denkt, um nicht durch Stillschweigen eine Mitverantwortung für eine neue, beklemmende Entwicklung der deutschen politischen Haltung zu übernehmen.

Die folgenden Ausführungen zum Artikel des Genossen *Walter Theimer:* «Die deutsche Sozialdemokratie und der Pleven-Plan» («Rote Revue», 1951, Nr. 10) haben selbstverständlich ganz persönlichen Charakter. Aber der Verfasser glaubt annehmen zu dürfen, daß seine Gedankengänge die Billigung vieler einsichtiger schweizerischer Sozialisten finden werden. Manche werden noch viel schärfer urteilen.

Es kann nicht Aufgabe des folgenden Beitrages sein, im einzelnen auf die Einwände des Genossen Theimer gegen den sogenannten Pleven-Plan einzugehen. Denn es handelt sich wenigstens zum Teil um interne Auseinandersetzungen mit den Westalliierten, in die wir uns nicht einmischen wollen. Es ist lediglich auf die Grundhaltung Theimers — die leider der des ausschlaggebenden Teils der SPD-Führung entsprechen dürfte — hinzuweisen, und es sind hiergegen ernstliche Bedenken zu formulieren.

Nach Theimer bedeuten die Washingtoner Beschlüsse zur Schaffung einer europäischen Armee einen Mißbrauch des europäischen Gedankens und eine Fassade für französische Vormachtsbestrebungen (!). Er lehnt den Gedanken ab, daß Deutschland fremden Staaten Soldaten zur Verfügung stellen solle, weil das bisher nur Kolonialländern zugemutet worden sei. Er fordert als selbstverständlichen, eigentlich bescheidenen politischen Preis die volle Souveränität für Deutschland und als Gegenwert für deutsche Soldaten die Aufhebung der drückendsten Beschlüsse von 1945 (hohe Ruhrkohlenexportquote, Desorganisation (!) der Ruhrindustrie, Beschlagnahme der Auslandguthaben usw.). Die deutschen Soldaten würden eine französische Vasallenarmee. Man wisse nicht, zu welchem Zwecke über sie verfügt würde. Es stehe nicht fest, ob

Deutschland wirklich verteidigt werden solle. Was die Alliierten böten, sei eine Souveränitätskomödie, an der die SPD keinen Anteil haben wolle.

Genosse Theimer geht dann auf die Frage eines sozialistischen Wehrprogrammes ein, bemerkt, daß man den breiten Mitgliederkreisen mit Mühe und Not den doktrinären Pazifismus habe ausreden können und daß die Angst vor der Wiederkehr der alten Offizierskaste noch groß sei. Man müsse aber solcher Entwicklung entgegentreten, zum Beispiel indem man einige tausend Offiziersposten mit Kandidaten aus der SPD und den Gewerkschaften besetze.

Fassen wir vorerst die «Preisfrage» ins Auge.

Die Rüstungen der Westalliierten haben das Ziel, einen befürchteten Überfall der Sowjetunion auf den demokratischen Westen abzuwehren, oder noch eindeutiger: die Sowjetunion davon abzuhalten, einen solchen Überfall auszulösen. Es herrscht die wohl richtige Auffassung, daß die Sowjetunion den Ritt nach dem Westen nur unterlassen werde, wenn die Trauben zu hoch hängen und daher zu sauer sind. Die Westalliierten — sowohl die Regierungen wie die Völker — denken zum mindesten heute nicht an einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Vasallenstaaten. Insbesondere steht ein Krieg zur Rückeroberung des deutschen Ostens nicht zur Diskussion und kommt daher auch nicht etwa als «Preis» für westdeutsche Soldaten in Frage. Wie weit freilich Kriegshetzer im Westen nach dem Rückgang der Hochkonjunktur in Zeiten wirtschaftlicher Not die westlichen Völker in aggressive Stimmung hineinsteigern können, ist heute noch nicht abschätzbar.

Welches ist denn der Preis für deutsche Soldaten? Ganz das gleiche wie für alle Soldaten der Westalliierten: Präventive Sicherung vor der Sowjetunion. Auf einen andern Preis hat auch Westdeutschland keinen Anspruch. Es wäre nicht einzusehen, weshalb. Zwar liegt Westdeutschland in der ersten Gefahrenzone, falls die Sowjetunion nach Westen marschieren sollte. Aber für diese in der Natur der Dinge liegende Tatsache — an der Deutschland ja nicht ganz unschuldig ist — ist die Vorzahlung eines politischen Sonderpreises nicht gerechtfertigt. Kommt es zur Katastrophe eines dritten Weltkrieges, so werden die andern europäischen Länder darunter so leiden wie Westdeutschland. Denn die Fronten liegen ja bekanntlich im neuzeitlichen Krieg nicht nur an den Fronten!

Der Westen wird daher die heischenden Hände der Deutschen nicht mit Geschenken füllen, um deutsche Soldaten zu erhalten. Sondern es ist zu vermuten, daß die maßgebenden politischen und militärischen Kreise — in Europa und besonders in den USA — sich angesichts der deutschen Haltung fragen werden, ob die westdeutsche Republik nicht zum vornherein aus dem Verteidigungsgürtel auszuscheiden sei, um als «militärisches Niemandsland»

zwischen dem Westen und dem Osten zu liegen. Solche Entwicklungstendenzen zeichnen sich am internationalen Himmel ab, und die Deutschen aller Richtungen werden sich angesichts ihrer Haltung darüber nicht beklagen dürfen.

Aber ist den Westalliierten nicht zuzumuten, aus Hochherzigkeit und politischer Klugheit den Deutschen die volle Souveränität, nach der sie sich angeblich so sehnen, zu gewähren? Nebenbei: Die deutschen Arbeiter sehnen sich weniger nach Souveränität als nach anständigen Lebensbedingungen. An ihren Lebensbedingungen wird die Souveränität nichts ändern. Obwohl Frankreich ohne Zweifel die volle Souveränität besitzt, leiden seine Arbeitermassen Not.

Gewiß geziemt den Siegern Hochherzigkeit den leidenden Besiegten gegenüber, auch wenn diese große — sagen wir — Verantwortung auf sich geladen haben. Man soll einmal einen Strich unter die Vergangenheit machen. Aber der Akt der Hochherzigkeit hat zwei Gesichter: Das des Gebenden und das des Empfangenden. Einer gibt hochgemut, und der andere empfängt dankbar. So aber liegt der Sachverhalt zwischen den Westalliierten und den Deutschen nicht. Denn diese — von links bis rechts — danken hochherzigen Versuchen der Westalliierten zur Verständigung nicht, sondern sehen darin lediglich ein Zeichen westlicher Schwäche, das ihnen Anlaß zu «Preissteigerungen» gibt. Sie schlagen in die dargebotene Hand zur Versöhnung nicht ein, sondern sie strecken ihre Hand offen entgegen: Gebt mehr! Bei solchem Sachverhalt wäre Hochherzigkeit des Gebenden in der Tat Schwäche.

Und wie steht es mit der politischen Klugheit? Fordert nicht sie die Aufhebung der angeblich so «drückenden Beschlüsse von 1945» und die Einräumung der vollen Souveränität an Westdeutschland?

Von Tag zu Tag weniger! Denn von Tag zu Tag wächst in Deutschland ein unheildrohender Nationalismus, leider auch in der sozialistischen Führung, und die deutsche Sozialdemokratie lädt — nicht zum erstenmal in ihrer Geschichte — eine geradezu tragische Verantwortung dadurch auf ihre Schultern, daß sie sich noch nationalistischer gebärdet als Herr Adenauer und seine Freunde. Gerade die gegenteilige Haltung würde einer sozialdemokratischen Partei zur Ehre und zum Ruhme gereichen und die Herzen der Arbeitermassen höher schlagen lassen, und sie wäre auch politisch klug: Wenn die stärkste Partei Westdeutschlands als zuverlässige Hüterin der deutschen Demokratie und als zuverlässige Vertreterin internationaler Solidarität auftreten und wenn sie die Verantwortung für die Vergangenheit mutig mittragen würde, dann würde *sie* das Vertrauen und damit die kraftvollste Hilfe der westlichen Welt gewinnen, und die Gewährung der vollen Souveränität, ver-

bunden mit der Aufhebung aller «drückenden Beschlüsse von 1945» wäre kein Problem mehr.

Wie aber kann heute die westliche Welt einem Westdeutschland Vertrauen schenken, in dem Regierung und Opposition sich in *Forderungen* überbieten, sich als zu Unrecht kolonialisiert und vasallisiert betrachten und jedes Maß für gegenseitige Verantwortlichkeiten verloren haben? Man *muß* einen Strich auch unter die schwerste Schuld der Vergangenheit machen, wenn einigermaßen Gewähr besteht, daß sie sich nicht wiederholen wird, weil bessere Einsicht und besserer Wille Sieger geworden sind. Aber man *darf* den Strich *nicht* ziehen, wenn er Blindheit gegen neue Gefahren bedeuten würde. Gegen Gefahren, die aus der deutschen Mentalität erwachsen, die bereit ist, die Millionen Toten der Konzentrations- und Vergasungslager und unendlich vieler anderer Greuel der Nazizeit zu vergessen, um desto aufmerksamer Sünden auf der andern Seite zu sammeln und sich in ein eigenes «Märtyrertum» hineinzusteigern.

Vor den Folgen solcher Mentalität kann sich der Westen nur bewahren, wenn er gewisse Sicherungen in der Hand behält, um ein neues deutsches Herrentum zu verhindern.

Darum ist u. a. zu hoffen, daß die Westalliierten auf deutsche Divisionen in jeder Form verzichten werden, denn es ist sonnenklar, daß in ihnen nicht Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Führung hätten — wobei die Frage leider offen bleiben muß, ob deren Mentalität ungefährlicher wäre —, sondern die alten und mittelalterlichen, das heißt nazistischen Militärkreise. Die braven deutschen Sozialisten und Gewerkschafter würde man gewiß herzlich willkommen heißen, nämlich als das, was man früher Kanonenfutter nannte. Aber nicht in der Führung, auf die es letztlich ankommt, weil der Natur der Sache nach die Subordination in jeder militärischen Körperschaft die Entscheidungen in die Hände der Spitzen und nicht in die der Soldatenmassen legt.

Horchen Sie übrigens hinein in die Arbeitermassen Westdeutschlands, lieber Genosse Theimer. Sie werden finden, daß glücklicherweise der «doktrinäre Pazifismus» noch nicht überwunden ist und daß die Großzahl der Partei- und Gewerkschaftssoldaten mit Recht noch voll Argwohn gegen die «Zitzewitze», das heißt die Offizierskaste, ist. Diese oft etwas verachteten kleinen Leute haben mehr Instinkt für die Gefahren jeder Remilitarisierung als die führenden Regierungs- und Oppositionskreise. Sie sind die Hoffnung des westlichen Auslandes. Aber ist Westdeutschland schon Demokratie genug, daß sich der Volkswille, der Wille des kleinen Mannes gegen jede Remilitarisierung durchsetzen kann? Oder finden die führenden Regierungs- und Opposi-

tionskreise in ihrer Selbstsicherheit, daß die Massen «noch nicht reif genug» seien und man ihnen die Entscheidung abnehmen müsse?

Das wäre verhängnisvoll.

HEINZ ABOSCH

Die Situation der französischen Linken

Den Begriff der «Linken» möchte ich hier traditionsmäßig und in einem weiten Sinne fassen. Ich verstehe darunter alle Kräfte, die in der Richtung eines gesellschaftlichen Fortschritts kämpfen, das heißt einer zunehmenden wirtschaftlichen Gleichheit und einer wachsenden politischen und kulturellen Freiheit. In den modernen Ländern deckt sich dieser Kampf mit dem Ringen der Arbeiterklasse um die Aufhebung des Kapitalismus. Bei einer Besprechung der Situation der französischen Linken wird es manchem Leser auffallen, daß wir nicht nur die Lage der Sozialistischen Partei SFIO untersuchen, sondern daß wir ebenso den christlichen Sozialreformern, die sich zum großen Teil in den christlichen Gewerkschaften befinden, und besonders den Kommunisten unser Augenmerk widmen.

Das Interesse, mit dem wir die Rolle dieser letzteren prüfen, wird hier und da als seltsam und vielleicht anstößig erscheinen. Es erklärt sich jedoch nicht aus dem Grund, weil wir den Stalinismus als eine authentische Kraft der Linken betrachten. Eine ganze Reihe von wichtigen Faktoren sprechen gegen diese Annahme. In Wirklichkeit hat der russische Einfluß die kommunistischen Parteien mit der Tradition der europäischen Arbeiterbewegung entzweit, die unzertrennbar mit der Entwicklung der Demokratie verbunden ist. Ihre diktatorische Organisationsstruktur und ihre geistige Gleichschaltung führen sie außerhalb des Lagers der traditionellen Linken. Sie bedeuten nicht nur die Aufrichtung eines neuen Parteitypus, wie es von ihnen offiziell behauptet wird, sondern auch die Aufstellung eines neuen Zieles. Die Besprechung, die wir hier der französischen KP widmen, erklärt sich aus einem andern Grund: Der Stalinismus hat den Großteil der Industriearbeiterschaft, einen beträchtlichen Teil des Kleinbürgertums und der Intellektuellen erobert. Er ist in diese Schichten als Bannerträger der alten Ideale der Linken gedrungen als der beste und unerschrockenste Verteidiger derselben und indem er sich ihrer Sprache bedient. Es gilt nochmals zu wiederholen: Die Massen haben sich nicht der KP angeschlossen, weil sie von der russischen Regierung begeistert sind (sie kennen sie nur sehr schlecht und interessieren sich nicht dafür), sondern weil sie mit der Politik ihrer eigenen Regierung unzufrieden sind. Sie folgen dem Banner von Thorez weniger, weil sie in ihm einen Vertreter eines neuen Parteitypus, sondern den Verteidiger der alten Ideale der Arbeiterbewegung sehen. Es ist äußerst wichtig, dies zu erkennen. Denn nur vermittels dieser Feststellung können wir die heutige Lage der französischen Linken verstehen und eine Lösung für die vielfachen Schwierigkeiten entdecken. Durch die Eroberung entscheidender Sektoren der Linken (das ist nicht nur an der Beeinflussung der Arbeiterschaft ersichtlich, sondern vielleicht noch deutlicher auf dem Lande,